



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



Veranstaltung der AfD-Bundestagsfraktion am 30. Juni 2020
im Deutschen Bundestag mit Reden von:

Staatspräsident a.D. Václav **Klaus**,

Prof. Dr. David **Engels**,

Prof. Dr. Jörg **Meuthen** und

Prof. Dr. Harald **Weyel**

Europa in Freiheit

oder warum will die EU immer mehr Macht?

INHALT

| | |
|--|-----------|
| Vorwort | 2 |
| Rede von Staatspräsident a.D. Václav Klaus | 3 |
| Rede von Prof. David Engels | 7 |
| Rede von Prof. Dr. Jörg Meuthen | 12 |
| Rede von Prof Dr. Harald Weyel | 16 |
| Nachwort | 21 |
| Die Mitglieder des Arbeitskreises | 22 |

VORWORT

Europa und die EU stehen am Scheideweg

Aus Anlass der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft am 1. Juli 2020 durch die Bundesrepublik Deutschland veranstaltete die Bundestagsfraktion der Alternative für Deutschland einen Vortragsabend mit anschließender Podiumsdiskussion. Eingeladen waren der frühere Staatspräsident Tschechiens Václav Klaus, Professor David Engels und Professor Jörg Meuthen. Der Arbeitskreis der Bundestagsfraktion für die Angelegenheiten der Europäischen Union (AK-EU) organisierte die Veranstaltung. Professor Harald Weyel begrüßte als Sprecher des AK-EU die Gäste und leitete in die von Norbert Kleinwächter moderierte Podiumsdiskussion über.

Unter anderen Umständen wäre die Übernahme der Ratspräsidentschaft ein Anlass zur Freude gewesen. Vor dem Hintergrund des Programms der gegenwärtigen Bundesregierung und den Plänen der EU-Kommission wird diese Ratspräsidentschaft absehbar zum Desaster für Deutschland und für Europa.

Die EU-Vorhaben und deren Umsetzung in den letzten Jahren weisen in Richtung eines EU-Einheitsstaates. Souveräne Staaten, die eine wahnsinnige grüne Politik nicht mittragen wollen und sich lieber an den Bedürfnissen der eigenen Nation orientieren, werden von Brüssel sanktioniert. Mündige Bürger werden durch Uploadfilter, Datenschutz-Grundverordnung und durch das Löschen von vermeintlicher „Hate-Speech“ de facto mundtot gemacht.

Das Motto der Veranstaltung lautete „Europa in Freiheit oder warum will die EU immer mehr Macht?“ Ist die EU bereit, willens und fähig, Europa zukunftsfähig zu gestalten? Wird es gelingen, die Vielfalt Europas zu wahren? Die Unterschiedlichkeit der Länder und der darin lebenden Menschen mit ihren Traditionen zu erhalten? Oder wird die EU, auch durch ihre nicht enden wollende Erweiterungspolitik, den EU-Superstaat errichten, der die europäischen Nationen in den Stand von Sowjetrepubliken herabdrückt?

Dies und noch mehr wird in den nachfolgenden Beiträgen erörtert. Dabei geht Staatspräsident a.D. Václav Klaus auf das Freiheitsbestreben seines Landes und der Nachbarstaaten ein. In der „Samtenen Revolution“ von 1989 wollte das Volk nach Jahrzehnten der Unterdrückung durch stalinistisch-kommunistische Herrschaft Freiheit, Souveränität und auch Marktwirtschaft, explizit Marktwirtschaft, erringen. Deshalb lehnt Tschechien den Sozialismus ab, auch den EU-Sozialismus.

Prof. Dr. David Engels bespricht die kulturelle Identität Europas und was diese ausmacht. Gelingt es diese Identität zu bewahren und an die nachfolgenden Generationen weiterzugeben? Für ihn ist es die sittliche Pflicht des Abendländers, seine Zivilisation gegen alle Widerstände zu verteidigen, selbst wenn wir des völligen Scheiterns gewiss sein sollten.

Prof. Dr. Jörg Meuthen berichtet von seinen Erfahrungen aus dem Parlament, das sich „Europäisches Parlament“ nennt, und mit der dortigen politischen Kaste. Auch stellt er als Volkswirt heraus, dass die Deutschen eher Empfänger als Geber von Nettozahlungen sein müssten, wenn man Steuerlast, Pro-Kopf-Vermögen und Renteneintrittsalter im Vergleich zu anderen EU-Ländern betrachtet.

Als letztem Redner oblag es mir, auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Anleihekaufprogramm der EZB einzugehen und die Kriterien des alten Anleiheprogramms darzustellen, die bei dem neuen EU-Kaufprogramm PEPP (Pandemic Emergency Purchase Programme) nahezu alle wegfallen.

Danken möchte ich allen Mitarbeitern der Bundestagsverwaltung und der AfD-Fraktion, insbesondere Erwin Ludwig als Organisator und Koordinator der Veranstaltung und der vorliegenden Broschüre. Ebenso gilt mein Dank meinen Kollegen Petr Bystron, der den Kontakt zu Václav Klaus herstellte, und Norbert Kleinwächter, der souverän durch die Podiumsdiskussion des Abends führte.

Ihr 

Dr. Harald Weyel, Prof. a.D. an der TH Köln

Leiter des Arbeitskreises für die Angelegenheiten der Europäischen Union in der AfD-Bundestagsfraktion



DEUTSCHLAND UND SEINE EU-PRÄSIDENTSCHAFT – VON PRAG AUS GESEHEN

**Rede von Staatspräsident a.D. Václav Klaus
anlässlich der Veranstaltung »Europa in
Freiheit oder Warum will die EU immer
mehr Macht« der AfD-Bundestagsfraktion
am 30. Juni 2020 im Deutschen Bundestag**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung zu der heutigen wichtigen und zu diesem Datum passenden Veranstaltung. Es ist für mich eine Ehre, hier eine Rede zu halten. In der Nähe, auf der Aussichtsrampe am Brandenburger Tor, war ich im Jahre 1964 und konnte von dorthin zum ersten Mal in meinem Leben West-Berlin sehen. Die Atmosphäre an diesem Ort war damals nicht aufregend und bestimmt nicht optimistisch. Man konnte noch die Trümmer nicht weit von dort sehen.

Das war vor 56 Jahren. Heute, 63 Jahre nach dem Anfang der ersten Phase der Verwirklichung des europäischen Integrationsprojektes sollen wir angeblich feiern und die Ode an die Freude singen. Das ist die offizielle, politisch korrekte Einstellung. Damit

bin ich aber nicht einverstanden. Davon bin ich nicht überzeugt. Die heutige Europäische Union, die logische Verwirklichung dieses Projektes, hat sich als ein falscher Weg erwiesen, der nicht zur Freiheit, Demokratie und freundlichen Zusammenarbeit der europäischen Nationen führt. Die alten Träume wurden nicht realisiert. Die Europäische Union konnten wir als Vorbild nur im Vergleich mit unserer kommunistischen Ära akzeptieren.

Der Optimismus von damals ist seit langem vorbei. Nach ihren grundsätzlichen Transformationen in Maastricht und Lissabon finden manche von uns mehrere Nachteile als Vorteile dieses, von oben organisierten, das heißt nicht authentisch entstandenen europäischen Unifikationskonstrukts. Die Deutschen haben manchmal Probleme mit meiner Terminologie, mit meinem Begriff Unifikation (oder Unifizierung), den ich absichtlich benutze. Das, was wir erleben, ist kein Einigungsprojekt.

Mit meiner Terminologie möchte ich den fundamentalen Unterschied zwischen der ursprünglich geplanten

ten Integration und der heutigen Unifikation klar und offensichtlich machen. Viele Menschen verstehen die Tiefe dieses Unterschiedes bis heute leider nicht.

Wie wir alle wissen, wird Deutschland in ein paar Stunden die formale (oder nominale) Präsidentschaft der Europäischen Union übernehmen. Aber nur die nominale Präsidentschaft. Für die Menschen in anderen, besonders kleineren EU-Mitgliedsstaaten hat Deutschland eine permanente EU-Präsidentschaft. Sollten wir diesen Augenblick feiern? Zusammen mit der deutschen Regierung und mit allen EU Fellow Travellers? Ich bin nicht dabei.

Viele Deutsche wollen die substantielle Kritik an der EU nicht hören. Sie konzentrieren ihre oberflächliche Kritik nur auf verschiedene Einzelheiten, auf einzelne Probleme und Schwierigkeiten der EU, was aber eine falsche Perspektive ist. Deutschland ist kein Verlierer in der EU. Die Deutschen sind – in den Augen von Nichtdeutschen – die Sieger des europäischen Integrationsprozesses und die Vorteile und Gewinne, die Deutschland daraus zieht, sind klar und undiskutabel.

Deutschland dominiert die wichtigen EU-Entscheidungen. Deutschland herrscht über die EU-Bürokratie. Deutschland profitiert von der – für Deutschland unterbewerteten – europäischen Währung. Auch das wirtschaftliche Gewicht Deutschlands spielt seine Rolle. Das ist die Realität, die niemand anzweifeln kann.

Deutschland spielt eine wichtige Rolle auch in den allmählichen Veränderungen des Konzeptes der europäischen Integration, in ihrer Vertiefung, Zentralisierung und De-Demokratisierung. Man kann sagen, dass Deutschland sein Konzept der europäischen Integration, das von der deutschen Geschichte ausgeht, mit Erfolg nach Europa exportiert. **Deutschland bildete lange Zeit seine Nation, wir – die Einwohner der individuellen EU-Mitgliedstaaten – wollen aber in Europa etwas anderes.** Wir wollen die bestmögliche Zusammenarbeit der europäischen Staaten. **Wir brauchen keine europäische Nation.**

Mit solchen deutschen Initiativen habe ich meine unvergesslichen persönlichen Erfahrungen. Die heutige deutsche Präsidentschaft kommt 13 Jahre nach der vorhergehenden. Im Jahre 2007 war Deutschland außerordentlich aktiv und aktivistisch und hat

die, in Frankreich und Holland abgelehnte, europäische Verfassung gerettet. Das Überschreiben des gut verständlichen und genau deshalb abgelehnten Textes der europäischen Verfassung in einen unleserlichen Text, der unter dem Namen Vertrag von Lissabon bekannt wurde, war ein Meisterstück von Angela Merkel und ihrer Mannschaft.

Die Unleserlichkeit verursachte, dass der Lissabon Vertrag, für welchen wir so viel zahlen, akzeptiert wurde. Ich war das letzte europäische Staatsoberhaupt, das nach einem langen Streit und enormen Druck im Inland und von Ausland diesen Vertrag unterzeichnete und damit den entscheidenden Schritt von Integration zur Unifikation Europas ermöglichte. Ich hatte leider nicht die notwendige Unterstützung bei uns zu Hause, die die Polen und die Ungarn zurzeit haben. Die fünfte Kolonne in der Tschechischen Republik hat damals meine Position so beschränkt, dass ich nicht die ausreichende Manövrierfreiheit hatte.

Was sollen wir jetzt in der EU erwarten? Die spezielle Brautwerbung zwischen Deutschland und Frankreich über die südeuropäischen Schulden war vor ein paar Monaten für manche Europäer verdächtig. Der neue Plan von Ursula von der Leyen, der gemeinsame europäische Schulden vorsieht, der sogenannte Next-Generation-EU-Plan, auf Deutsch »Aufbauplan«, ist eine klare Gefährdung der Existenz der Nationalstaaten in Europa und der heutigen Form der europäischen Integration. Gemeinsame Schulden existierten – zum Trotz der »echten« Europäer – bis heute nicht. Jetzt sollen diese Schulden endlich entstehen. Ich weiß nicht, wie lebendig und reif in Deutschland die Debatte zu diesem Thema ist, aber bei uns sagt die Mehrheit NEIN.

In Europa wird dieser Plan als ein Mechanismus zur Bewältigung der Konsequenzen der Corona Krise betrachtet, was aber absolut falsch ist. Das deutsche Wort »Aufbau« zeigt (und verrät), dass die Absichten seiner Autoren ganz andere sind. »Next Generation EU« ist ein Plan für die Verwirklichung eines weiteren Schrittes der europäischen Unifikation und eine gefährliche Methode, die die Menschen überzeugen soll, dass dieser Schritt akzeptabel ist. Die gestrige, hoch in Frage gestellte und politisch missbrauchte Epidemie funktioniert als ein Vorwand diesen Plan anzunehmen. Es ist aber ein falscher Vorwand, weil die Corona-Epidemie demonstrierte, dass die supranationalen EU Struk-

turen – zum Glück – handlungsunfähig sind. Diese Strukturen sollten keine weiteren Kompetenzen bekommen.

Unsere Aufgabe ist es, vor der weiteren Zentralisierung und De-Demokratisierung und vor dem wachsenden Supranationalismus in Europa zu warnen. Wir müssen für die Durchsetzung solcher Maßnahmen kämpfen, die zur mehr freiwilliger Kooperation zwischen den Nationalstaaten Europas und zur Beschränkung der Macht der EU-Bürokratie führen.

Mitte Oktober habe ich in Hamburg zum letzten Mal vor einem AfD-Publikum über die EU gesprochen. Ich habe dort gesagt, dass ich kein Feind Europas bin, dass ich nur ein Feind derjenigen bin, die die europäische Integration in der heutigen Form darstellen, verteidigen und weiter de-demokratisieren und damit unsere Freiheit einschränken.

Ich habe auch betont, dass ich die heutige Massenmigration, die ich – ich glaube berechtigt – Völkerwanderung nenne, schon lange Zeit als Bedrohung der europäischen Zivilisation und Kultur, als Bedrohung der Freiheit und Demokratie und nicht zuletzt als Bedrohung der europäischen Prosperität bezeichne. Meine dortige – ein bisschen überraschende – Botschaft war, dass die heutige Massenmigration und ihre weitgehenden negativen Konsequenzen für die Zukunft der europäischen Gesellschaft nicht die Migranten darstellen, sondern die europäischen Politiker – an der Spitze die deutschen Politiker –, welche diese Massenmigration ermöglichen.

Meine Rede in Hamburg war ein paar Wochen vor dem 30. Jahrestag unserer Samtenen Revolution, vor dem Fall des Kommunismus. Damals wollten wir nichts anderes als Freiheit, Demokratie, freie Marktwirtschaft, nationale Souveränität. Wir wollten das, was wir in der kommunistischen Ära nicht hatten.

Ich möchte auch explizit betonen, was wir nicht wollten. Wir wollten keinen »Sozialismus mit menschlichem Gesicht« – das war für uns die falsche Ideologie des Jahres 1968. Wir wollten keine Konvergenz von Kommunismus und Kapitalismus. Wir wollten keinen Dritten Weg. Wir wollten aber auch nicht die Welt, die für uns die Barrikaden in Paris und Berlin von 1968 darstellten. Dort haben

wir die Wurzeln des heutigen Marasmus im Europa und im Westen gespürt.

Wir wollten Kapitalismus. Diesbezüglich fühlen die Menschen in den ehemaligen kommunistischen Ländern jetzt eine große Enttäuschung. Wir haben das Gefühl, dass wir jetzt zur damaligen Ära zurückkehren. Nach der Corona-Episode kann man sogar sagen, dass wir nicht zurückgehen, sondern zurücklaufen.

Die gefährlichen Veränderungen der Substanz der westlichen Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben wir alle – nicht nur wir in der damaligen Tschechoslowakei, sondern auch die Menschen in Deutschland – wahrscheinlich nicht genügend begriffen. Der Strukturwandel der westlichen Gesellschaft war schon damals größer als wir uns im Moment des Falls des Kommunismus vorstellen konnten. Die schnelle politische und gesellschaftliche Entwicklung im Westen nach dem Fall des Kommunismus konnten wir damals nicht vorausahnen.

Die heutige Ära des Multikulturalismus, des Environmentalismus, des Genderismus und des Transnationalismus haben wir im November 1989 nicht erwartet. Die Verlogenheit und die Falschheit der heutigen politischen Korrektheit auch nicht. Und das war noch vor den radikalen Veränderungen in der Ära der Corona-Krise. Was wir jetzt erleben, ist ein riesiger Schritt zurück. Wir kehren zu der neuen Phase der Macht des Staates und der Unterdrückung des Marktes zurück. Es ist ein radikaler Systemwandel, ein riesiger Schritt zurück.

Multikulturalismus und Förderung der Massenmigration, radikaler Klimaalarmismus, der die Wirtschaft und unser Lebensniveau untergräbt, Genderismus und Feminismus, Europäismus und Globalismus als Produkte des Transnationalismus und weitere moderne »Ismen« empfinde ich als ernsthafte Bedrohung der westlichen Gesellschaft.

Die wichtigste neue Entwicklung sehe ich in der massiven Offensive der Klimaalarmisten, in dem evidenten und sichtbaren »Greening« Deutschlands und ganz Westeuropas. Die Klimaalarmisten haben eine starke Offensive angefangen, während die stille Mehrheit der normalen Menschen in der Defensive bleibt. Das ist ein großer und unverantwortlicher Fehler von uns allen. Das naive schwedi-

sche Mädchen belehrt die erwachsenen Politiker, Akademiker, Journalisten und businesspeople. Sie akzeptieren es und applaudieren ihr sogar.

Das ist nicht alles. Was wir in den letzten Wochen erleben – die noch nie dagewesene Umschreibung der Geschichte und Vernichtung der Gedenkstätte

und Statuen der wichtigen Persönlichkeiten unserer Nationen – ist eine stille Revolution, die uns vernichten wird.

Ich hoffe, dass die AfD das alles so gut weiß wie ich und hoffentlich noch viel besser.





EUROPA UND DER KONSERVATISMUS DER ZUKUNFT: ABENDLAND UND CHRISTENTUM STATT NATIONALISMUS UND ULTRALIBERALISMUS

Rede von Prof. David Engels anlässlich der Veranstaltung »Europa in Freiheit oder Warum will die EU immer mehr Macht« der AfD-Bundestagsfraktion am 30. Juni 2020 im Deutschen Bundestag.

Einleitung

Die Zeiten sind finster, und es steht zu befürchten, daß sie bald noch erheblich düsterer werden. Schon vor den Ereignissen der letzten Monate stand es schlecht um Europa. Ob es nun um Massenimmigration, Bevölkerungsschwund, Werteverlust, Verarmung, Bildungsnotstand, Desindustrialisierung oder die Schuldenkrise geht – überall standen die Zeichen schon auf Sturm. Und die außenpolitische Lage Europas verschärfte diese Situation noch, schien Europa doch völlig unfähig, der Konkurrenz aus China, dem Zerfallsprozeß der islamischen Staatenwelt oder dem Bevölkerungsdrang aus Afrika mit einer vernünftigen

Antwort zu begegnen – umso mehr, als seine Beziehungen zu seinen natürlichen westlichen wie östlichen Verbündeten in Nordamerika und Rußland zutiefst gestört sind.

Europa stand also bereits schwer angeschlagen und alleine da, als schließlich die von vielen Betrachtern seit Jahren vorhergesagte Krise ausbrach, deren allgemeiner Verlauf in großen Zügen bis auf den unmittelbaren Auslöser klar erkennbar war. Ob es nun eine Natur- oder Umweltkatastrophe war, ein umstrittener Regierungswechsel, eine spontane Bankenkrise oder eben eine Pandemie – früher oder später mußte ein Glied der Kette reißen und in Anbetracht der allgemeinen Schwächung des Abendlands alsbald den gesamten Rest mit sich ziehen.

Nun ist sie halt da, die Krise, ausgelöst durch das Covid-19-Virus, und wir stehen am Anfang einer grundlegenden Umwälzung Europas, oder, wie es

mittlerweile zynisch genannt wird, einer »neuen Normalität«. Daß gerade in dieser Situation die gegenwärtige deutsche Regierung zugleich auch die europäische Ratspräsidentschaft ausüben wird, dürfte in Anbetracht der bereits vor der Krise mehrfach geäußerten Reformpläne der Europäischen Union alles andere als positiv ins Gewicht fallen. Schon vor der Krise ließen Schlagworte wie »mehr Europa«, Willkommenskultur, Toleranz, Rechtsstaatlichkeit, Energiewende, Gendergerechtigkeit, wirtschaftliche Solidarität, Qualitätsmedien, Digitalisierung, Kampf gegen rechts, Gesundheitsreform oder Verantwortung für Afrika Schlimmes befürchten – denn es ist zunehmend klar, daß die dahinter sich verbergende Realität in Wirklichkeit besser beschrieben wäre mit den Worten: EU-Zentralismus, Massenmigration, Entchristlichung, politische Bevormundung unliebsamer Regierungen, Desindustrialisierung und energetische Abhängigkeit, Abbau der natürlichen Familie, Bankenrettung dank Steuergelder, einseitige Berichterstattung, unüberlegte Abhängigkeit von chinesischer Technologie, Ausgrenzung konservativer Opposition, Transhumanismus und abendländische Kollektivschuld.

Nun aber liefern die Pandemie und die kaum auszumessenden Folgen der einsetzenden Weltwirtschaftskrise einen ungeahnten Hebel zur Vervielfachung jener Tendenzen – und man mag nur mit Schrecken an jene Zeit denken, die zwischen der deutschen Ratspräsidentschaft Ende 2020 und der französischen Anfang 2022 liegt – und der dem Wunsch Emmanuel Macrons und Angela Merkels entsprechend zentrale Bedeutung für jenen Umbauprozess unserer abendländischen Welt haben soll und wird.

Dringender denn je stellt sich nun den europäischen Konservativen – und ich zähle mittlerweile die überwältigende Mehrheit der europäischen Christdemokraten nicht mehr zu dieser Kategorie – die Frage: »Was tun?« Leider müssen wir feststellen, daß sie in den meisten Fällen die Antwort auf diese Frage schuldig bleiben, da überall derselbe Kampf um die innere Ausrichtung tobt und parteipolitische Einheit ohne eine echte ideologische Einigkeit jenseits einer sterilen Ablehnung des Status quo langfristig in die Niederlage führen muß. Zwei Punkte aber scheinen klar:

- Zum einen ist zu betonen, daß die Zeit, in der jede konservative Partei sich bemühte, in nationaler Abgeschlossenheit völlig eigene Antworten

zu entwickeln, ja gar die eigene Nation zum Nachteil der Nachbarn romantisch-mythisch zu überhöhen, vorbei ist – oder eher: vorbei sein muß, wenn das Abendland noch eine Chance haben soll.

- Zum anderen muß klar werden, daß der vielbeschworene ultraliberale Weg ebenfalls nur scheinbar konservativ und in Wirklichkeit ein Irrweg ist, da es gerade der Liberalismus ist, der an der Wurzel der meisten ideologischen Fehlentwicklungen der Gegenwart steht.

Abendland statt Nationalismus

Betrachten wir unseren ersten Punkt etwas genauer, nämlich die notwendige Abgrenzung der modernen Konservativen vom Nationalismus (den ich durchaus vom Patriotismus unterscheide). Ich brauche hier wohl kaum auf meine tiefe Überzeugung einzugehen, daß alle menschlichen Völker und Kulturen vor den Augen des Historikers und umso mehr den Augen Gottes absolut gleichrangig sind und alle auf ihrem jeweiligen Gebiet Großes vollbracht haben und vollbringen. Doch Gleichwertigkeit bedeutet eben nicht Gleichheit, und gerade in der Summe der verschiedensten Versuche, die Annäherung an das Höchste um eine weitere Facette zu bereichern, liegt der wahre Reichtum der menschlichen Geschichte. Die Nationen, wenn auch von unzweifelhaft großer Bedeutung gerade für Europa, sind aber nicht der höchstrangige Ausdruck menschlicher Gesellschaft: Über ihnen befinden sich eben die großen Zivilisationen wie etwa die chinesische, indische, islamische oder abendländische Welt, weshalb ich gerade für die heutige konservative Parteienlandschaft jegliche Form des Nationalstolzes nur dann für hilfreich betrachte, wenn sie gleichzeitig das Bewußtsein um die Bedeutung des abendländischen Erbes in seiner gesamten, die Nationen transzendierenden Komplexität einschließt – und dazu noch die Dringlichkeit seiner gemeinsamen Verteidigung gegen die feindliche Übernahme durch ikonoklastische Nihilisten oder Parallelgesellschaften aus anderen Kulturen, wie wir sie heute erleben.

Dazu kommt noch eine praktische Dimension. Der Rahmen des klassischen Nationalstaats ist für den gegenwärtigen Kampf deutlich zu eng, da eben auch seine Bedrohung nicht nur von innen, sondern auch von außen kommt. Es reicht nicht oder jedenfalls nicht mehr, daß der eine oder andere europäische Staat seinen eigenen Weg geht und sich dezidiert

gegen die Bedrohungen des politisch korrekten Universalismus stemmt: Zu mächtig ist jene unheilige Allianz aus internationalen Institutionen, Leitmedien, Finanzmärkten und Großkonzernen, als daß ein Volk ihrem vereinten Druck lange Zeit Stand halten könnte, wie bereits ein oberflächlicher Blick auf die andauernden Bemühungen zeigt, Staaten wie Polen oder Ungarn mittels pausenloser medialer Bombardierung, der Drohung europäischer Sanktionen oder massiver Investitionen in die innere Opposition sturmreif zu schießen. Ohne den Visegrád-Verbund wären die Fidesz- beziehungsweise die PiS-Regierung längst zusammengebrochen, doch die Mittel sind beschränkt und der Druck der Außenwelt so groß, daß es nur eine Frage der Zeit ist, bis sich erste Risse zeigen und die Bevölkerung den unverhohlenen Erpressungen aus Brüssel erliegt. Doch was könnte nicht ein Visegrád-Bund für ganz Europa ausrichten – und das nicht nur als vorübergehendes Instrument im Kampf gegen den übermächtigen inneren wie äußeren Gegner, sondern als dauerhafte, neue Organisationsform Europas!

Denn auch das sollte klar sein: Eine Rückkehr Europas zu mehreren Dutzend unverbunden nebeneinander lebender, nur ab und zu durch multilaterale Handelsverträge assoziierter Staaten wäre eine Katastrophe, und das nicht nur für die zahlreichen Kleinststaaten, die aus Furcht vor der Dominanz mächtigerer Nachbarn, allen voran Deutschland, an den Schutz äußerer Mächte wie Rußland, China, Saudi-Arabien oder die USA appellieren müßten und somit Europa wie das Heilige Römische Reich des 17. Jahrhunderts in ein Schlachtfeld der Interessen seiner Nachbarn verwandeln würden. Nein, auch für Deutschland, das man mittlerweile allerdings im Vergleich zu China und vielen anderen neuentstehenden Imperien getrost auch als Kleinstaat bezeichnen kann, würde eine solche Situation politisch wie wirtschaftlich aufgrund seiner engen gesamteuropäischen Vernetzung kaum einen Vorteil bringen, sondern seinen Handlungsspielraum noch mehr verengen als heute.

Auch sollten wir nicht vergessen, daß der nur vermeintlich gute alte Nationalstaat uns nicht von außen genommen wurde, sondern er sich freiwillig und in regelmäßig wiederholten demokratischen Wahlen abschafft und auflöst: Ein hypothetischer Zerfall der EU und die institutionelle Rückkehr zum Nationalstaat würde also zunächst einmal überhaupt nichts daran ändern, daß weiterhin nationale Regierungen wie bisher die innere Auflösung der abendländi-

schen Identität fortsetzen. Was wir also brauchen, ist nicht nur ein gesamteuropäisches konservatives Bündnis gegen den Verlust unserer kulturellen Identität und den Verrat an den Interessen der Bürger, sondern eben auch ein dauerhafter gesamteuropäischer Mechanismus, der garantiert, daß der erhoffte Erfolg nicht wieder in kurzer Zeit rückgängig gemacht wird und wir am Ende vielleicht gar schlechter dastehen als zu Beginn.

Christentum statt Ultraliberalismus

Dies erklärt auch, wieso ich der in »konservativen« Kreisen oft geäußerten Nostalgie für das angeblich gute alte späte 20. Jahrhundert äußerst skeptisch gegenüberstehe. Die Vergangenheit kann uns zwar manchmal inspirieren, aber die Zeit läßt sich nicht zurückdrehen, und meist ist es so, daß sie eher einen Kreis beschreibt und unter neuen Gegebenheiten zu ihrem Anfang zurückkehrt, als daß sie einfach nur um einige Jahre zurückschreitet. Dies scheint mir umso wichtiger, als die meisten jener Zerfallsprozesse, die wir alle heute beobachten und kritisieren, nicht von ungefähr kommen, sondern die logische Frucht jener Geisteshaltung sind, welche eben auch jene heute manchmal idealisierte Zeit des späten 20. Jahrhunderts prägte, dabei aber zunächst vor allem ihre positiven Seiten zeigte, nicht aber ihre eigentlichen unausweichlichen Konsequenzen, die wir heute erst erleben.

Hierbei denke ich vor allem an jene Bewegung, die ich verkürzt mit dem Begriff des Ultraliberalismus bezeichnen will, und der gerade in vielen konservativen Kreisen immer noch positiv eingeschätzt wird. Denn ja, der Liberalismus hat zwar (etwa durch Betriebsauslagerungen, Schuldenaufnahme, Gastarbeiter oder Rationalisierung) eine vorübergehende wirtschaftliche Expansion ermöglicht, ein oft scheinheilig anmutendes moralisches System aufgeweicht und eine enge Abstimmung zwischen verschiedenen Staaten mit gleichgearteten Interessen ermöglicht und somit während einer Übergangsphase eine scheinbare Blütezeit provoziert. Aber zum einen war diese scheinbare Blüte davon abhängig, daß sie auf einer moralischen Grundlage beruhte, die dem Böckenförde-Paradoxon gemäß eben von der Substanz der vorangehenden Zeiten zehrte, zum anderen mußte er früher oder später, und zwar ohne wirklichen Bruch, sondern auf ganz organische Weise, jene Probleme hervorrufen, denen wir heute ausgeliefert sind: Desindustrialisierung, Masseneinwanderung,

Verarmung des Mittelstandes, Werteverlust, Rechtsrelativismus, Massenabtreibung, Demokratieabbau, Staatsverschuldung, extremer Individualismus und überall dominierende internationale Institutionen. Eine Rückkehr in die Vergangenheit ist also nicht nur unmöglich, da heute ohnehin die dafür notwendigen geistigen und moralischen Grundlagen aufgezehrt sind, sie wäre hypothetisch auch gar nicht zu begrüßen, da sie einmal mehr dieselben Konsequenzen haben würde.

Dies soll nun freilich kein Plädoyer für das andere Extrem sein, nämlich ein zentral geleitetes sozialistisches System, wie wir es übrigens bereits in Form des gegenwärtigen Milliardärssozialismus kennenlernen, also jener kuriosen Kombination aus der Herrschaft einiger weniger schwerreicher Oligarchen auf der einen Seite und einer weitgehend staatlich durch Brot und Spiele bei Laune gehaltener Arbeitermasse auf der anderen Seite, welche die unausweichliche Konsequenz des Ultraliberalismus ist. Wichtig scheint mir vielmehr ein auch transzendent fundierter Kurs der gesunden Mitte, wie er sich in der christlichen Soziallehre wiederfindet. Dies gilt übrigens nicht nur für den wirtschaftspolitischen Bereich, sondern auch für alle anderen: Das Abendland ist ohne das griechisch-römische und vor allem das jüdisch-christliche Erbe, das uns überall in Europa vereint, nicht zu denken und muß ohne beständige positive Berufung auf diese Wurzeln verkümmern; es sollte daher ein Herzensanliegen eines jeden echten Konservativen sein, diese Grundlagen unserer Identität und damit ein ganz spezifisches und unverwechselbares Bild vom Menschen, der Familie, der Gesellschaft, der Nation, der Kunst und des Abendlands zu pflegen und zu verteidigen – und das, wie ich betonen muß, jenseits des persönlichen »Glaubens«. Denn selbst, wenn durchaus auch viele andere Wege bestehen mögen, sich dem Höchsten anzunähern, sind Christentum und Abendland doch so miteinander verwoben, daß uns allen der Weg zur Transzendenz über die christliche Tradition am nächsten steht, die uns auch seelisch wie eine geistliche Muttersprache am zugänglichsten ist.

Wie geht es nun weiter?

Nachdem wir nun also gezeigt haben, daß der Konservatismus der Zukunft sich sowohl vom Ultraliberalismus als auch vom Nationalismus abzugrenzen hat, und stattdessen einen gesunden abendländischen Patriotismus und ein positives Bekenntnis zur eigenen

historischen Identität entwickeln muß – also das, was ich in anderem Zusammenhang als »Hesperialismus« bezeichnet habe –, stellt sich die Frage, inwieweit dieser Ansatz fruchttragend sein kann.

Die Antwort ist einfach. Zunächst müssen wir betonen, daß ein solcher Kampf um den Erhalt unserer eigentlichen kulturellen Identität auch jenseits seiner eigentlichen Erfolgchancen alternativlos ist: Es ist unsere sittliche Pflicht als Abendländer, gegen alle Widerstände und selbst, sollten wir des völligen Scheiterns gewiß sein, unsere Zivilisation zu verteidigen und weiterzugeben – alles andere wäre Verrat an unserer Mission. Daher gilt es eben auch, diese Tradition nicht nur im politischen Kampf, sondern auch in unserem täglichen Leben zu verteidigen, durch unser persönliches Beispiel voranzugehen und in anderen nicht nur das abstrakte Verständnis unserer Position, sondern auch die konkrete Liebe zu unserem Erbe anzufachen. Anlässe hierzu werden gerade in den nächsten Jahren nicht fehlen, wo beherztes Eintreten für den Schutz von Familie, Nachbarschaft oder Denkmälern ebenso wie Bildungs-, Vereins-, Sozial-, Medien- und Kulturarbeit dringender sein werden denn je, verlagert sich der politische Kampf doch ohnehin unausweichlich vom klassischen Ringen um Wähler und Mehrheiten auf die Ebene eines wahren Kulturkampfes, wo es nicht auf Programme und Statistiken, sondern auf Charisma, persönliche Gefolgschaft und die Bereitschaft zum konkreten Handeln im Hier und Jetzt ankommt.

Freilich bin ich überzeugt, daß auch über diese grundsätzliche Stellungnahme hinaus ein europapatriotischer und geschichtsbewußter, also hesperialistischer Konservatismus auch konkret zukunftsweisend sein wird. Denn wenn die Geschichte auch scheinbar vorläufig unsere politischen Gegner zu stärken scheint, spielen die meisten Faktoren zugunsten jenes Konservatismus, wie ich ihn gerade beschrieben habe. Die unausweichliche, wahrscheinlich Jahre andauernde Wirtschaftskrise wird die Tendenz zu Verarmung, Kaufkraftschwund, sozialer Polarisierung, Überbesteuerung und verdeckter Inflation in ungeahntem Maße beschleunigen: eine konservative Opposition mit überzeugendem Sozialprogramm ist also dringender denn je. Und je verzweifelter die wirtschaftliche Lage ist, desto mehr werden sich auch kulturelle Bruchlinien öffnen, wie die Ereignisse der letzten Wochen überall in Europa gezeigt haben: Ein beherztes Eintreten für eine klar definierte, durchaus aber für Inklusion offene abendländische Leitkultur

wird hier zunehmend überzeugender wirken als politisch korrekter Multikulturalismus.

Freilich, all dies ist nur möglich, wenn der Kampf streng koordiniert und nicht nur auf nationaler, sondern auch auf gesamteuropäischer Ebene ausgefochten wird, um sowohl die Konsequenzen einzelner Niederlagen auszugleichen wie auch die Folgen der sich zunehmend einstellenden Siege auszubauen. Die vor einigen Wochen vom polnischen Künstlerverband initiierte, von mir verfaßte „Präambel“ für eine künftige Europäische Konföderation ist ein erster Versuch, aus der Negativität bloßer Opposition auszubrechen und eine klare politische Programmatik

für ein Europa der Zukunft zu entwickeln, und ich lade den Leser ein, diesen mittlerweile vielfach abgedruckten und in zahlreiche europäische Sprachen übersetzten Text zu konsultieren und in konstruktiver Kritik zu verbessern. Andere Initiativen mögen folgen und, hoffentlich rasch, in einer ideologischen Klärung konservativer Positionen in ganz Europa münden und endlich den schwierigen Selbstfindungsprozeß der abendländischen Patrioten zu einem Ende zu bringen und vom inneren in den äußeren Kampf umzuleiten. Der politische Einsatz war noch nie so hoch wie jetzt, die Erfolgchancen aber ebenso – haben wir Mut zur Wahrheit, und vor allem zur Liebe für unsere gemeinsame abendländische Heimat!





DER IRRWEG DES EUOKRATISCHEN ESTABLISHMENT

Rede von Prof. Dr. Jörg Meuthen anlässlich der Veranstaltung »Europa in Freiheit oder Warum will die EU immer mehr Macht« der AfD-Bundestagsfraktion am 30. Juni 2020 im Deutschen Bundestag.

Meine Damen und Herren,

es gab Zeiten, da drohte Deutschland den anderen Europäern mit Truppen. Heute droht Deutschland mit der EU-Ratspräsidentschaft. Und zwar weniger den anderen Europäern als vielmehr den eigenen Landsleuten – also dem steuerzahlenden Teil von ihnen.

Seit es die Europäische Union gibt, stehen deutsche Europapolitiker nicht mehr ihren Wählern über ihre politischen Entscheidungen Rede und Antwort, sondern sie rapportieren direkt an den Weltgeist. Seit es die Europäische Union gibt, werden die nationalen Parlamente zugunsten der Brüsseler Zentrale entmachtet, bis in diesem Bundestag, in dem wir uns heute befinden, nur noch politische Regionalfolklore

stattfinden wird. Seit es die Europäische Union gibt, werden Länder gerettet und Pakete geschnürt, Verträge gebrochen und Milliarden umverteilt.

Frau von der Leyen, über die noch zu reden sein wird, weil niemand sinnfälliger das verkörpert, was vom sogenannten europäischen Gedanken übrigblieb, Frau von der Leyen brachte Ende vergangenen Jahres sogar die Billion ins Spiel. So viel, drohte sie, werde die EU ausgeben, um Europa bis 2050 in den ersten – und wahrscheinlich letzten – klimaneutralen Kontinent der Erde zu verwandeln.

Diese Ankündigung gehörte bereits zur verbalen Artillerievorbereitung für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Wenn die Deutschen die Führung übernehmen, hieß das, machen sie keine halben Sachen. Dann ist politisches XXL angesagt. Dann dekarbonisieren sie die europäischen Volkswirtschaften, stellen den gesamten Verkehr auf Batteriebetrieb um und steigen gleichzeitig aus der Atomkraft, der Kohle und der Physik aus.

Das klingt inzwischen wie aus einer fernen Zeit. Ein banales Virus durchkreuzte die hochherzigen Pläne und rettete Europa fürs Erste vor der Großen Transformation in die Klimaneutralität. Ein Virus fegte die Fridays-for-Future-Hüpfer samt ihrer Klimakatastrophe einfach von der Straße. Statt um Kohleausstieg, Dieselverbot und teuflisches Kohlendioxid ging es plötzlich nur noch um Infektionsraten, Mundschutz und Kontaktverbote.

Auch die Brüsseler Spitzen mussten umdenken. Ein neues Motto für die Ausschüttung der Steuermilliarden musste her. Zum Vorschlag für den Siebenjahreshaushalt in Höhe von einer Billion Euro addiert sich jetzt noch ein 750 Milliarden Euro schwerer Wiederaufbauplan. 25 Prozent aller Mittel sollen für den Klimaschutz bereitgestellt werden, teilte die Europäische Kommission mit.

»Der europäische Grüne Deal und die Digitalisierung werden Beschäftigung und Wachstum ankurbeln«, versprach Frau von der Leyen und versucht auf diese Weise, beide Themen irgendwie miteinander zu verleimen. Auf die anfänglichen 500 Milliarden des Merkel-Macronschen »Recovery funds« legte sie mir nichts dir nichts weitere 250 Milliarden, zog sie bildhaft gesprochen sozusagen aus ihrer Handtasche. Die Dame geht mit ihrem Täschchen eben anders um als Maggie Thatcher. Die eine zieht Milliarden, die sie gar nicht hat, aus ihrer »bag«, während die andere bekanntlich damit auf den Tisch schlug und rief: »I want my money back!«

Meine Damen und Herren, es mag etwas profan wirken, dass die so große und hehre Europa-Idee inzwischen auf Ziffern mit sieben, acht und mehr Nullen zusammengeschrumpft ist, um die eifrig gezankt wird. Spätestens seit dem finalen Bruch der No-Bailout-Klausel, deren letzten Damm der Vertrag von Maastricht bildete, war das freilich absehbar.

Der steuerzahlende Teil der Deutschen muss gewissermaßen einen Zweifrontenkrieg führen und sich jener Hände erwehren, die ihm aus Berlin und Brüssel gleichzeitig in die Taschen greifen wollen. Nicht, dass die braven Deutschen nicht großzügig wären. Sie geben gern und viel, obwohl sie eher Empfänger als Geber sein müssten, wenn man Steuerlast, Pro-Kopf-Vermögen und Renteneintrittsalter im Vergleich zu anderen EU-Ländern betrachtet. Es gibt allerdings einen Moment, wo Freigiebigkeit in Unzurechnungsfähigkeit umschlägt. Deswegen versuchen die Euro-

kraten, den zur Freigiebigkeit Verdonnerten einzureden, dass sie davon profitieren, für anderer Leute Schulden aufzukommen. Sicherheitshalber droht man ihnen noch, dass der Himmel einstürzt oder zumindest Europa zusammenbricht, wenn sie damit jemals aufhören.

Dafür zuständig ist speziell jene politisch-mediale Kaste, die regelmäßig Sirengesänge anstimmt, dass die EU »weiter vertieft« werden müsse, bis wir schließlich die Vereinigten Staaten von Europa geschaffen haben. Diese Rotkehlchen gehören in der Regel nicht zu den Nettosteuerzahlern, sondern zu den Nettostaatsprofiteuren. Sie möchten das Modell des deutschen Länderfinanzausgleichs auf die EU übertragen. Deutschland wüchse dann praktisch in die Rolle eines europäischen Bayern – aber Berlin bleibt immer Berlin! Wenn diese Leute salbungsvoll »Europa« sagen, denken sie tatsächlich an Geldströme, die auf ihr Geheiß in die von ihnen gewünschte Richtung fließen. Als »Europafeinde« oder »Europahasser« bezeichnen sie deshalb all diejenigen, die sich ungern von ihren Ersparnissen trennen wollen. Aus der offiziellen Gleichsetzung der EU mit Europa spricht längst die Semantik von Wegelagerern.

Meine Damen und Herren, die Briten haben den Club verlassen, und man kann ihnen gerade angesichts der neuesten Entwicklungen dazu eigentlich nur gratulieren. Für uns hat sich die Lage damit nochmals verschlechtert. Mit den Briten ist der zweitgrößte Zahler und damit eine der wichtigsten »sparsamen« Nationen gegangen. Die neue Sitzverteilung im Europaparlament beschleunigt gewissermaßen die Fließgeschwindigkeit der innereuropäischen Umverteilung. Obschon sie als konservativ gelten, sind die Visegrád-Staaten ganz und gar nicht an Zurückhaltung interessiert, wenn sie selbst von der inner-europäischen Umverteilung profitieren könnten. Es mag also im Europaparlament nominell recht viele Konservative geben, aber wenn es um Haushaltsdisziplin geht, ist es mit ihrem Konservatismus nicht weit her. Dann ist ihnen das nationale Hemd näher als der europäische Rock.

Es bleiben nur die sogenannten »Frugal Four«: Österreich, Schweden, Dänemark und die Niederlande, die den Corona-Fonds von Frau Merkel, Herrn Macron und zuletzt Frau von der Leyen nicht bedingungslos unterstützen wollten. Bezeichnend ist übrigens, dass deutsche Medien den Begriff »frugal« nicht etwa korrekt mit »sparsam«, sondern mit »gei-

zig« übersetzen: »Die geizigen Vier« lautete eine Schlagzeile der Süddeutschen Zeitung. Das ist, wie ich eben sagte, die Terminologie von Plünderern. Und hier liegt das Dilemma: Andere Länder folgen ihren nationalen Interessen, Deutschland tut das nicht.

Wir werden, bei aller Sympathie für die Osteuropäer, finanzpolitisch in die Zange genommen. Falls es dem einen oder anderen inmitten des Corona-Boheis entgangen sein sollte: Italien ist faktisch pleite. Außer der EZB war zuletzt niemand auf dem Kapitalmarkt noch zum Kauf italienischer Staatspapiere in größerem Umfang bereit. Die italienische Staatsfinanzierung läuft inzwischen praktisch über die Notenpresse der EZB.

Wenn wir jetzt darauf hinweisen, dass die EU unter der Maxime gegründet worden ist: Kein Land haftet für die Schulden eines anderen, dann nennt man uns Spielverderber, Kleinmütige oder Mäkler. Und dann kommt der Vorwurf, wir könnten nichts anderes als kritisieren. Was für eine absurde Situation: Die EU-Führung bricht einen Vertrag nach dem anderen, und wenn die Opposition darauf hinweist, wird ihr vorgeworfen, sie gefährde mit ihrem Kleinmut das großartige Projekt Europa.

Schauen wir uns bei dieser Gelegenheit doch einmal an, in wessen Hände die Eliten dieses Projekt gelegt haben.

Ursula von der Leyen hat als Bundesverteidigungsministerin vor allem zwei Begriffe mit Leben erfüllt: Unfähigkeit und Korruption. Sie hat eine Armee hinterlassen, in der die Hubschrauber nicht fliegen und die Panzer nicht fahren, aber dafür schwangerentauglich sind. Da man nicht hundertprozentig genau weiß, mit welchem Ziel sie dieses Amt angetreten hat, muss der Befund »Unfähigkeit« allerdings unter leisen Vorbehalt gestellt werden. Vielleicht war die Frau ja erfolgreicher, als unsereiner denkt.

Anders sieht es mit der Korruption aus. Der abschließende Untersuchungsbericht von FDP, Grünen und Linken zur sogenannten Berateraffäre wirft der ehemaligen Ministerin unter anderem vor:

- kein verlässliches Kontrollsystem für die zunehmenden Firmenaufträge installiert,
- von der breiten Öffentlichkeit unbemerkte Millionenkosten verursacht,

- Zweifel systematisch kleingeredet oder ignoriert,
- Beamte nachgeordneter Ämter unter Druck gesetzt und
- keinerlei Interesse an der Aufarbeitung dieser Vorgänge gezeigt zu haben.

Das Resümee lautete kurz und bündig: »faktisches Komplettversagen«.

Wer einen solchen Scherbenhaufen hinterlässt, hat sich offenbar hinreichend qualifiziert, um an die Spitze der EU aufzurücken – wobei der Amtsvorgänger die Latte schon recht niedrig gelegt hatte. Diese Nobilitierung von Minderbegabung vor größtmöglichem Publikum ist eine dermaßen kaltschnäuzige Demütigung der Wähler und Steuerzahler, dass die Bundesregierung mit einer gewissen Folgerichtigkeit Hass und Hetze stärker verfolgen will.

Frau von der Leyen zur Seite als geschäftsführender Vizepräsident und Kommissar für Klimaschutz steht übrigens Frans Timmermans. Das ist der Mann, der in einem Interview die bemerkenswerte Feststellung getroffen hat: Der Islam gehört seit 2000 Jahren zu Europa. Der Islam? Seit 2000 Jahren? Jetzt stutzen Sie, nicht wahr? Was ist falsch an dieser Aussage? Genau – sie muss lauten: Der Islam gehört seit 2000 Jahren zur EU!

Ich will nicht zynisch werden, aber eine Institution, die von solchem Experten geführt wird, sollte nicht allzu viel Respekt einfordern. Von der Leyen und Timmermans sind zwei wandelnde Dementis der »europäischen Idee«. Sie sind Dementis jeder Idee.

Meine Damen und Herren, unter deutscher Ratspräsidentschaft werden nicht nur die Probleme der EU wachsen, sondern auch das Ignorieren und Beschweigen dieser Probleme wird zunehmen. Die Finanzen sind nur ein Teil davon. Die Migration bleibt das europäische Hauptproblem, wie ein Blick beispielsweise nach Dijon zeigt, wo Präsident Macron das Militär zu Hilfe rufen musste, um Kämpfe zwischen tschetschenischen und nordafrikanischen Banden zu stoppen. Erinnern Sie sich übrigens, wie sich die deutschen Medien darüber entrüsteten, dass Donald Trump das Militär gegen Plünderer und Brandstifter einsetzen wollte? Zu Macron verloren sie in diesem Zusammenhang kein Wort, wie auch die brutalen Polizeieinsätze gegen die Gelbwesten eher unbeanstandet durchgingen. Man stelle sich

nur einmal vor, Victor Orbán wäre so gegen oppositionelle Demonstranten vorgegangen!

Der französische Präsident hat im Februar dieses Jahres erklärt, er wolle die an islamische Parallelgesellschaften verlorenen Teile der Republik »zurückerobern«. Was das implizite Eingeständnis enthält, Teile des eigenen Staatsgebiets inzwischen an Eindringlinge verloren zu haben, denn sonst ergäbe der Begriff der Zurückeroberung ja keinerlei Sinn.

Auch diese Nachricht ist von der Corona-Krise zwischenzeitlich überlagert worden, doch das Thema wird unser linksrheinischer Nachbar nicht mehr los. Frontex meldet wieder wachsende Zahlen illegaler Einwanderer an Europas Südgrenzen. Eine gemeinsame Politik der EU-Europäer ist auch hier nicht in Sicht.

Meine Damen und Herren, wie wir in den vergangenen Jahren lernen mussten, hat das eurokratische Establishment auf sämtliche Probleme und Dysfunktionalitäten der EU nur eine Antwort: noch mehr EU! Und unsere Aufgabe besteht darin, beharrlich und geduldig darauf hinzuweisen, dass dies ein Irrweg ist. Wir müssen aufzeigen, was funktionieren kann und was nicht. Eine gemeinsame europäische Sicher-

heitspolitik wäre durchaus möglich, vielleicht sogar geboten, eine gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik bis hin zu solchen sozialistischen Schnapsideen wie einer EU-Arbeitslosenversicherung ist Humbug.

Die Europäische Union kann als Staatenbund Bestand haben, sofern jedes Mitglied seinen nationalen Interessen folgen kann und für jedes Mitglied natürlich auch die Möglichkeit besteht, wieder auszusteigen. Es geht nur auf der Basis von Freiwilligkeit und Freiheit der nationalen Entscheidungen. Wer aber versucht, diesen Kontinent der geschichtlichen, kulturellen und sprachlichen Vielfalt in das Zwangskorsett eines Bundesstaates zu quetschen, wird letztlich nur Schaden anrichten und scheitern. Diese Lektion wurde von den derzeitigen Eliten weit mehrheitlich, sogar fast ausnahmslos noch nicht gelernt. Auch die nun beginnende deutsche Ratspräsidentschaft wird leider unter diesem völlig falschen Stern der »ever closer union« stehen. Wenn sie es nicht bald verstehen, wird es zu spät und der Brexit erst der Auftakt eines noch viel umfassenderen Scheiterns gewesen sein. Derzeit spricht wenig bis nichts dafür, dass die zwingend notwendige Korrektur rechtzeitig einsetzen wird.





EIN SCHURKENSTÜCK IN MEHREREN AKTEN

Rede von Prof. Dr. Harald Weyel anlässlich der Veranstaltung »Europa in Freiheit oder Warum will die EU immer mehr Macht« der AfD-Bundestagsfraktion am 30. Juni 2020 im Deutschen Bundestag.

Sehr verehrte Damen und Herren,

Ich runde das von meinen Vorgängern heute Abend Gesagte etwas ab und zwar mit den neuesten Ergebnissen, was einem Schurkenstück in mehreren Akten gleichkommt, was die Finanzierung desselben betrifft. Darum geht es im Weiteren.

Dabei fange ich mal chronologisch mit dem aktuellsten an. Sie alle haben es mitbekommen: Zum ersten Mal gab es in Deutschland ein Urteil des Verfassungsgerichts, das zu einem EU-Vorgang „Nein!“ gesagt hat. Es hat „Nein“ gesagt zu einem unbegrenzten und reichlich unkonditionierten Kauf von Staatsanleihen.

Zu dem Urteil hat der Bundestagsausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union eine Anhörung gemacht. Es wurden rund zehn Experten (Professores der Juristerei und Wirtschaftswissenschaften) eingeladen. Und der einzige, der dazu eine kritische, eine skeptische Meinung gehabt hat, war der von uns benannte Sachverständige. Alle anderen haben das Urteil und die Auswirkungen schöngeredet, haben dem Bundesverfassungsgericht die Autorität abgesprochen und es teils sogar beschimpft.

Es gab ein regelrechtes „Bashing“ gegenüber den eigenen deutschen Institutionen. Die anderen Gutachter machten sich lieb Kind gegenüber Brüssel. Eine Besonderheit, die wir im Zuge des Verfahrens mitbekommen haben und die unsere Brüsseler Abgeordneten und hier der Professor Gunnar Beck, der hier schon die Vorarbeit geleistet hat, war folgendes, was sich inzwischen zu einem kleinen Skandal entwickelt hat:

Am 5. Mai war die Urteilsverkündung des höchsten

deutschen Gerichts. Aber bereits Tage zuvor hatten Teile der Presse, auch der ausländischen Presse, die Information, wie das Urteil ausfallen wird. Zusammengefasst auf 16 Seiten. So konnte man als Investor schon mal seine Dispositionen treffen. Im Juni (7.6.: <https://www.tagesspiegel.de/politik/heimliche-pressearbeit-bundesverfassungsgericht-verraet-vorab-seine-urteile/25893842.html>) hat nun immerhin der Berliner „Tagesspiegel“ diesen Vorgang aufgegriffen. Von uns hätte er diese „Neuigkeit“ schon mehrere Wochen vorher erfahren können. Etwa am Tag der offiziellen öffentlichen Anhörung am 25. Mai bei meiner Frageeinleitung (https://www.youtube.com/watch?v=3s_dBVZbGsk) oder noch expliziter auf unserem Fraktionskanal am 6. Juni 2020. (<https://www.afdbundestag.de/schuldenhaftung-offener-vertragsbruch-der-eu-prof-dr-harald-weyel-dr-gunnar-beck/>)

Zu dem Vorgang haben wir Anfragen gestartet – ganz offiziell. Wir werden sehen, wie sie beantwortet werden, wenn überhaupt, wahrscheinlich unbefriedigend.

Wir sehen ein Beispiel, wie Rechtsstaat und Marktwirtschaft gedehnt werden, wie zweifelhafte Methoden Einzug gehalten haben, offenbar legal oder halblegal und bisher niemand diese Methoden kritisiert hat, die einen enormen geldwerten Vorteil für diejenigen darstellt, die diese Information vorher hatten.

Zurück zum Urteil: Was war die Auflage des Verfassungsgerichts an die Institutionen? Das Gericht hat die Darlegung der Verhältnismäßigkeit der Ankäufe angemahnt, die innerhalb von drei Monaten erfolgen soll. Aber Papier ist geduldig.

Es ist also ein halbherziges Urteil, weil das Verfassungsgericht ein klares NEIN hätte sagen können – aus meiner Sicht – sagen müssen!

Der Ball ist nun weitergereicht im Rahmen der parlamentarischen Aufsicht. Bundestag und auch Bundesregierung sind gehalten die Verhältnismäßigkeit des Anleihekaufprogramms der EZB zu überprüfen und nachzuweisen, dass diese Verhältnismäßigkeit gegeben ist. Der Ball wird also hin und her geschoben und Sie ahnen schon wie es ausgehen wird.

Was ist dem vorausgegangen? Was ist der Vorlauf dieses Spiels?

Wir erinnern uns an die Sache – das war ein Jahr bevor Sie, Herr Staatspräsident Klaus, es verweigert haben, den ESM zu unterschreiben – das war 2012, als Mario Draghi bei einer Londoner Pressekonzferenz das Mantra ausgab: „What ever it takes“.

Darauf basiert das Vorhaben OMT – Outright Monetary Transactions, bei dem man quasi unter der Hand unbegrenzt – what ever it takes – Anleihen aufkaufen kann, ohne irgendwelche Restriktionen. Bereits vorher gab es kleine Programme, mal mit drei, mal mit vier Buchstaben. Aber dieses OMT hat dann Kläger auf den Plan gerufen sowohl beim Bundesverfassungsgericht als auch beim Europäischen Gerichtshof, wo der Ball 2014/15 landete. Die Folge dessen war, dass gewisse Kriterien an die Hand gegeben wurden, denen das OMT unterliegen sollte. Diese Restriktionen waren offenbar für das 2012 initiierte OMT derart unattraktiv, dass es nie umgesetzt wurde. Stattdessen wurden niedrigschwelligere Aktionen durchgeführt.

Das OMT mit immerhin noch vorhandenen Restriktionen und Vorgaben wurde also nie exekutiert. Von 2015 bis 2020 wurde dann das PSPP (Public Sector Purchase Programme) ausgeführt, das auch Gegenstand der Rechtssprechung des Verfassungsgerichts war, ob mit diesem Programm eine Staatsfinanzierung und andere Verstöße erfolgt seien.

Das PSPP, das man unter Zugrundelegung angeblicher Kriterien dann umgesetzt hat, hat dann dazu geführt, dass in fünf Jahren die Bilanzsumme der EZB um zusätzliche 2,6 Billionen Euro gedehnt wurde.

Ging es beim PSPP mit rechten Dingen zu? Wurde sich an die immerhin vorhandenen Kriterien gehalten? Eben nur zum Teil – zum geringeren Teil. Der eigentliche Skandal ist darin zu sehen, dass trotz der Abmahnung, die vom Verfassungsgericht erfolgt ist, die teilweise auch aus dem EuGH-Urteil abzulesen ist, dass eben gewisse Kriterien eingehalten werden müssen, aber nicht unbedingt werden. Nichts darf eben unbegrenzt sein, weder in der Qualität noch in der Quantität des Markteingriffs.

Beim nächsten Programm, dem PEPP (Pandemic Emergency Purchase Programme), das über uns gebrochen wurde, rechtfertigt die Pandemie alles und jedes. Man wäre ja quasi dumm, wenn man jetzt

nicht die Gelegenheit nutzen würde und nochmal richtig draufsattelt. Und das vor einem Hintergrund und das will ich kurz vor Augen führen, dass wir in der EU, im laufenden Sieben-Jahres-Plan, der noch gar nicht richtig ausgezahlt wurde, ca. 300 Milliarden Euro als sogenannten RAL, rest à liquidée, haben. Diese Gelder, die im bisherigen Sieben-Jahres-Plan drin waren, die irgendwann, irgendwo für irgendwas zugesagt wurden, sind noch gar nicht abgerufen worden.

Also wenn jetzt eine Notsituation wäre, sollte man doch zunächst auf das vorhandene Geld zurückgreifen, um damit dringend benötigte Nothilfe für Medizin, Geräte etc. zu leisten. Dann würde man eben das, wofür diese 300 Mrd. geplant sind, zurückstellen. Also das Geld ist da. Man könnte darauf zugreifen; wenn die Not tatsächlich da wäre, bräuchte man keine neuen Programme und noch mehr Nullen vor dem Komma, weil die alten Gelder ja noch nicht aufgebraucht sind.

Darüber hinaus – wir haben es schon gehört – dieser „Recovery-Fund“, als ob hier gerade der Krieg zu Ende wäre, ist eben eine französische Idee! Und diese 500 Mrd., die eben nicht zum Gutteil als lästiger Kredit, als Freundschaftsdienst, sondern gleich als Geschenk für seine „wirklich guten Freunde“ zur Verfügung gestellt werden sollen, das ist also letzten Endes eine Idee Frankreichs (und Trittbrettfahrender „PIGS“, wie es einmal treffend hieß). Also wir haben die 500 Mrd. und dann haben wir gehört, da lässt man sich nicht lumpen, und setzt nochmal 250 Mrd. drauf. Also es werden nochmals 750 Mrd. draufgepackt und das vor dem Hintergrund, dass wir ohnehin durch das Target2-System schon eine ganze Billion oder tausend Milliarden angeschrieben haben.

Deutsche Exporte werden quasi verschenkt, wo noch keine Zahlung eingegangen ist – nicht in der Volkswirtschaft – bei den Unternehmen jeweils schon, aber nicht volkswirtschaftlich verbucht. Ein weiterer Drohverlust von einer Billion und damit nicht genug – jetzt nochmal 750 Mrd. für dieses „PEPP“- Programm, was dann vor einigen Wochen nochmal erhöht wurde um 600 Mrd. also wir sind bei 1,35 Billionen, die auch noch abzuführen sind.

Nebenbei merke ich nochmal an, gibt es noch den ESM! Diesen hatten Sie sich, Staatspräsident Klaus, freundlicherweise geweigert, zu unterschreiben. Er

ist dann trotzdem gekommen und wurde noch gehobelt bis auf 700 (man hat's irgendwie mit der Sieben in Europa). Damit noch mehr Geld da ist, was man zum Freundschaftspreis ausleihen kann (auch wenn gelegentlich von „Auflagen“ die Rede ist). Der Trick dabei ist aber, dass es nicht mehr marktwirtschaftlich zugeht, sondern das Geld wird jetzt direkt verschenkt mit „Zuschüssen“. Das Geld, der Geldsack, wird auf den Tisch gestellt und dann kann man sich Projekte ausdenken. Eine völlig falsche Strategie, ein völlig falscher Zungenschlag, wenn man sieht, wie mit dem alten Geld, mit den alten Fonds, schon nicht vernünftig/verantwortlich umgegangen wurde.

Wir haben jetzt also hier mehr Geld denn je – bei weniger Ideen denn je, wenn man im Wirtschaftszusammenhang mal begreifen will, dass es darum geht, sich irgendwelche produktiven Sachen auszudenken, also Dienstleistungen und Produkte, die andere Leute wirklich kaufen wollen und bereit und fähig und willens sind, einen kostendeckenden Preis dafür zu zahlen. Da haben wir uns vom marktwirtschaftlichen Denken gelöst. Denn es gibt gar nicht so viele planwirtschaftliche produktive Ideen! Aber das Geld dafür ist schon mal da.

Abschließend möchte ich nochmals anmerken, was es mit diesem Programm wirklich auf sich hat und was war der Lerneffekt dieses Urteils?

Es geht darum dass im europäischen Notenbanksystem bitte schön nicht mehr als ein Drittel der Emission eines Emittenten, ein Drittel der Neuausgaben von Staatsanleihen von Italien, Griechenland, von wem auch immer, der als kreditwürdig angesehen wird, gekauft werden darf, das war eine Restriktion.

Die zweite Restriktion: es kann nur gemäß des Kapitalschlüssels gekauft werden. Also die Deutschen sollten von den Anleihen maximal 27 Prozent der jeweiligen Emission kaufen, die Italiener, Spanier und Franzosen landen bei etwa 20 Prozent. Die Notenbanken dürfen eigentlich nicht mehr als dem Kapitalschlüssel entsprechende Anleihen des eigenen Staates kaufen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Befristung der Angelegenheit. Es gibt kein Halten bis zum Ende. Der Marktzugang der emittierenden Staaten soll gewährleistet sein. Staaten, die schon mitten in der

Krise drin sind oder für gesund erklärt werden, wie Griechenland zum Beispiel – „Hurra, wir sind wieder an den Kapitalmarkt zurückgekehrt!“ –, zählen eigentlich nicht.

Diese Restriktionen wurden eigentlich mehr und mehr aufgehoben. Sie sind im „PSPP“, was der Rechtsprechung unterlag, halbherzig umgesetzt worden, aber immerhin spielten sie eine Rolle. Man hat sich dazu bekannt, dass man sie einhalten wollte und dass das nicht passieren sollte, was jetzt mit dem neuen Programm ins Schaufenster gestellt ist. Wir müssen jetzt beim „PEPP“ aber damit rechnen, dass 100 Prozent der Anleihen eines Staates, nennen wir es mal eines Wackelstaates, am Ende in den Händen aller landen, jenseits von Kapitalproporz etc.

Genau diese Richtung wurde jetzt von Madame Lagarde angestoßen, indem sie quasi schon vorab die völlige Bedingungslosigkeit des erneuten Aufkaufs von Anleihen erklärte. Es ist überhaupt keine Rede mehr von Kapitalschlüssel, Ein-Drittel-Regelung, regulärem Marktzugang etc. Es ist die Unterdrückung des Marktes, über die Unterdrückung des Zinses, in dem Fall der Zinswirkung, es kommt der Aussetzung der Schwerkraft gleich.

In diesem Sinne hoffen wir, dass die Schwerkraft das für uns erledigt.

Und ich übergebe an meinen Kollegen Norbert Kleinwächter, der die Moderation in der Podiumsdiskussion übernimmt.

Danke schön.





NACHWORT

Die Fraktion der Alternative für Deutschland ist die einzige Fraktion im Deutschen Bundestag, die sich gegen die immer weiter vorangetriebene Vertiefung der EU stemmt. Alle anderen Fraktionen wollen beständig weitere Kompetenzen des Bundestages, des deutschen Gesetzgebers, nach Brüssel zur EU-Kommission und an das „Europäische Parlament“ abgeben. Damit treten sie auch die eigene Verantwortlichkeit an die EU ab. Der Bundestag würde dann nur noch EU-Richtlinien in deutsches Recht gießen dürfen; der Deutsche Bundestag wäre kein souveränes Parlament mehr. Zurecht stellt sich die Frage: Wenn alle Kompetenzen nach Brüssel zu den EU-Institutionen abgeben werden, wozu braucht es dann noch einen Deutschen Bundestag?

Die Fraktion der Alternative für Deutschland wehrt sich gegen die Verlagerung der Rechte des deutschen Souveräns nach Brüssel. Daher hat unsere Fraktion eine Reihe von entsprechenden Anträgen geschrieben. Beispielhaft sei hier auf den Antrag aus Anlass der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft¹ durch die Bundesrepublik Deutschland hingewiesen.

Die Fraktion begnügt sich nicht mit reinen Beschlussanträgen, sondern initiierte neben Subsidiaritätsrügen² zum ersten Mal in der Geschichte des Deutschen Bundestag auch zwei Subsidiaritätsklagen³ gegen beschlossene Richtlinien der EU. Die Fraktion der Alternative für Deutschland will keinen EU-Staat, sondern einen Bund von freien und souveränen Nationen in Europa!



¹ Deutsche Ratspräsidentschaft für ein Europa der Freiheit nutzen, für die Stärkung der nationalen Souveränität, für Bürgernähe und Demokratie - <http://dip21.bundestag.btg/dip21/btd/19/206/1920614.pdf>

² Eigenmittelsystem der Europäischen Union - Link: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/030/1903000.pdf>

³ Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden (Whistleblower-Richtlinie) - Link: <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/168/1916857.pdf>

DIE MITGLIEDER DES ARBEITSKREISES ANGELEGENHEITEN DER EUROPÄISCHEN UNION



Prof. Dr. Harald Weyel, MdB

Sprecher des Arbeitskreises Angelegenheiten der Europäischen Union der AfD-Bundestagsfraktion



Martin Hebner, MdB

Stellv. Sprecher des Arbeitskreises Angelegenheiten der Europäischen Union der AfD-Bundestagsfraktion



Norbert Kleinwächter, MdB

Stellv. Sprecher des Arbeitskreises Angelegenheiten der Europäischen Union der AfD-Bundestagsfraktion



Corinna Miazga, MdB

Mitglied des Arbeitskreises Angelegenheiten der Europäischen Union der AfD-Bundestagsfraktion



Siegbert F. Droese, MdB

Mitglied des Arbeitskreises Angelegenheiten der Europäischen Union der AfD-Bundestagsfraktion



Folgen Sie uns

 [AfDBundestag.de](https://www.afdbundestag.de)

 [fb.com/AfDimBundestag](https://www.facebook.com/AfDimBundestag)

 [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)

 [youtube.com/
AfDFraktionimBundestag](https://www.youtube.com/AfDFraktionimBundestag)

Herausgeber:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Arbeitskreis Angelegenheiten der Europäischen Union
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buerger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion:
Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag; Seitenhintergründe:
stock.adobe.com / © prettyboy80

Stand: September 2020

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.